

Hans-Werner Sinn

VERSPIELT
NICHT EURE
ZUKUNFT!

EDITION DEBATTE

REDLINE | VERLAG

© des Titels »Verspielt nicht eure Zukunft« von Hans-Werner Sinn (978-3-86881-486-6)
2013 by Redline Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.redline-verlag.de>

VORWORT

Zehn Jahre ist es her: Im Jahr 2003 wurde die für unser Land so einschneidende Agenda 2010 beschlossen. Die Agenda-Gesetze waren umstritten, und sie sind es teilweise noch. In jedem Fall aber waren und sind sie erfolgreich – auch wenn Diskussionen darüber, wo sie Unerwünschtes bewirken und wie dies zu beseitigen wäre, unbedingt zu führen sind.

In etwa zeitgleich mit dem Agenda-Aufbruch erschienen die ersten Auflagen des Reformbuches *Ist Deutschland noch zu retten?* von Hans-Werner Sinn, Präsident des renommierten ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Auch Sinns Buch war erfolgreich, es wurde zum Verkaufsrekorde brechenden und mehrfach preisgekrönten Bestseller. Ein Zufall ist das wohl nicht, denn mit der Agenda 2010 hatte Sinn mehr zu tun, als viele wissen. Wolfgang Wiegand, ehemals Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage, beschrieb Hans-Werner Sinns Vorarbeiten in einem Leserbrief an den *Spiegel* als »intellektuelle Grundlage der Agenda 2010«. Spätestens seit dieser Zeit ist Sinn eine breit wahrgenomme-

ne öffentliche Person, der mit ihrer unbestechlichen ökonomischen Fachkompetenz zugehört wird, die als streitbar gilt und manchmal auch aneckt. Für eine fruchtbare Diskussion in Öffentlichkeit und Politik ist diese Kombination unverzichtbar.

Vor zehn Jahren war ich Hans-Werner Sinns Verleger. Nun, genau eine Dekade nach dem von ihm mitfinanzierten Agenda-Reformschub, wollte ich von ihm wissen, wie er unsere wirtschaftliche Entwicklung seither einschätzt und wo wir heute reformerisch aktiv werden müssen, um auch morgen und übermorgen gut leben können. Diese Fragen schienen mir mehr als berechtigt. Denn auf den ersten Blick mag es uns derzeit im Vergleich zu unseren europäischen Freunden gut gehen. Doch nur dies wahrzunehmen, ist trügerisch. Zugleich nämlich jagt eine Krise die nächste. Einige der Krisen treten deutlich zutage, etwa die europäische Finanzkrise. Andere schleichen sich unspektakulärer ins Bewusstsein, etwa die Krise der Alterssicherungssysteme, die Krise um die sogenannte Energiewende, die Krise des nachlassenden Vertrauens in unsere Politiker, in die Sinnhaftigkeit einer dezentral gelenkten Marktwirtschaft, in unse-

re demokratischen Institutionen und anderes mehr. Braucht es also eine neue »Agenda« – wie auch immer man sie dann nennen würde? Und welche Themen müsste sie angehen? Dieses kompakte Büchlein ist kein wissenschaftliches Werk, sondern auf eine ganz andere Art und Weise sehr fundiert, sehr kämpferisch und sehr persönlich zugleich. Denn es ist das Ergebnis mehrerer längerer Gespräche, die ich mit dem Autor im Winter 2012/2013 habe führen können. Diese interviewhaften Gespräche hatten den Vorteil, dass sie den Leser, vertreten durch mich, dort abholten, wo er sich gedanklich befinden könnte. Im Anschluss gab es eine Niederschrift, in der Themen geordnet wurden, und danach fanden zahlreiche gründliche Überarbeitungen und Ergänzungen durch den Autor statt. Einerseits blieb so die Dynamik und emotionale Lebendigkeit des persönlichen Gesprächs erhalten, andererseits wurden die rationalen Argumente vertieft. Daraus entwickelte sich eine Bestandsaufnahme wichtiger Herausforderungen, vor denen Deutschland heute steht. Natürlich gehört dazu auch unbedingt die Bewältigung der Eurokrise. Wir entschieden uns jedoch, in diesem Buch die europäische Finanzkrise und die Zukunft Europas nur

am Rande zu streifen. Nicht weil diese Themen nicht wichtig und dringlich wären – das Gegenteil ist der Fall –, sondern weil Hans-Werner Sinn sich ihrer im Herbst 2012 mit seinem breit diskutierten Werk *Die Target-Falle* bereits gründlich angenommen hatte. Wir konzentrierten uns stattdessen auf jene wichtigen Reformhausaufgaben, die unser Land auch ohne seine europäischen Partner selbstverantwortlich und zeitnah angehen wollte und die infolge der Eurokrise zu sehr aus dem Blick geraten sind. Zu nennen sind etwa die gezielte Weiterentwicklung der Agenda 2010, das Fiasko der sogenannten Energiewende, die Überwindung der Diskriminierung von Familien, Müttern und Kindern, der demografisch induzierte drohende Fachkräftemangel, die Eindämmung des massiv anschwellenden Zuwanderungsstroms, der unseren Sozialstaat bedroht, oder das Unvermögen unserer Politik, langfristig tragfähige Entscheidungen zu treffen. En passant entstanden so erste Konturen eines neuen wirtschafts- und sozialpolitischen »Zukunftsprogramms für Deutschland«. Es wird Zeit, dass wir die darin formulierten Herausforderungen fester in den Blick nehmen und dabei nicht mehr nur »auf Sicht« fahren.

»Verspielt nicht unsere Zukunft«, ruft uns Hans-Werner Sinn mit diesem Buch zu: fachlich gewohnt versiert und kämpferisch, exakt auf den Punkt gebracht und verfasst mit dem Willen zu Aufklärung und Einmischung. Sinn bezieht teils unbequeme Standpunkte und ergreift Partei für das aus seiner Sicht politisch Richtige. Und doch ist er kein Mitglied einer politischen Partei und als Professor und Präsident eines staatlich geförderten Forschungsinstituts unabhängig und keinen wirtschaftlichen Einzelinteressen verpflichtet. Er äußert sich als Wissenschaftler und als engagierter Bürger, dem das Schicksal des Landes und seiner Menschen am Herzen liegt. Seine Meinungen sind sachlich und wissenschaftlich begründet, und sie decken sich mit dem gesunden Menschenverstand. Dass sie sich nicht immer mit dem decken, was heute Mehrheiten in Politik, Medien und Gesellschaft denken mögen, ist die Basis der intensiven Diskussion, die dieses Büchlein anstoßen will.

Jens Schadendorf

*Co-Herausgeber der »Edition Debatte« im Redline Verlag
München, im April 2013*

Aufrütteln und verändern

Herr Sinn, Sie gelten hierzulande nicht nur als einer der einflussreichsten Ökonomen, sondern auch als ein die Vernunft beschwörender Mahner und Aufrüttler. Politiker in Berlin und anderswo wollen Ihre Ratschläge dennoch nur allzu oft vom Tisch wischen ...

Unabhängig davon, was Politiker mit meinen Vorschlägen machen: Ich bin primär der deutschen Öffentlichkeit, also den Bürgern verpflichtet. Als Hochschullehrer und Präsident des ifo Instituts verdanke ich ihnen über die von ihnen gezahlten Steuern auch mein Gehalt. Wenn ich also informiere, aufkläre und aufrüttle, wie Sie sagen, so tue ich das nicht als Selbstzweck. Es ist mein Auftrag, mich zur Wirtschafts- und Finanzpolitik öffentlich zu äußern und Debatten zu initiieren und zu führen, wo ich es für sinnvoll halte. Betriebswirte helfen Betrieben und Volkswirte Völkern. Ich bin Volkswirt – in Diensten der deutschen Bürger und dem Ziel der guten Nachbarschaft in Europa verpflichtet.

Die Wirtschaftspolitik ist dabei der Kern meines Forschungsfeldes »Finanzwissenschaft«, und genau hier

habe ich zu informieren und aufzurütteln. Die Finanzwissenschaft beschäftigt sich *nicht* vorrangig mit der Finanzwirtschaft, wie man vielleicht meinen könnte, sondern mit dem Staat und der Gesellschaft. Es handelt sich um einen historischen Begriff, der auf die staatlichen Finanzen statt auf die privaten abstellt. Finanzwissenschaft ist, vereinfacht ausgedrückt, die Lehre davon, was der Staat in einer Marktwirtschaft wie der unseren tut und tun sollte – also die Lehre davon, wo staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen richtig sind und wo nicht. Es geht darum, die Grenzlinie zwischen Staat und Markt zu ziehen und sinnvolle von unsinniger Staatsintervention zu unterscheiden sowie die geeigneten Instrumente für die staatliche Wirtschaftspolitik zu finden. Das Geschäft des Finanzwissenschaftlers, beziehungsweise des Volkswirtes im Allgemeinen, ist es also, die Marktfehler zu analysieren, darauf aufbauend sinnvolle Regulierungssysteme zu entwickeln und umgekehrt auch falsche Regulierungen zu kritisieren. Und daher frage ich heute: Was ist für die Menschen in Deutschland die richtige Wirtschaftspolitik? In Bezug auf den Euro, in Bezug auf den Arbeitsmarkt, in Bezug auf die Sicherheit der Rentenkassen, in Bezug auf die Banken, in Bezug auf die Umwelt und viele andere

zentrale Bereiche. Es ist meine Verantwortung, diese wissenschaftlich begründbaren Erkenntnisse auch in die Öffentlichkeit zu tragen, in der Hoffnung, dass meine Argumente im politischen Prozess benutzt werden und zu einer rationaleren, zu einer besseren, langfristig tragfähigen Politik beitragen.

Das ist mein Anspruch. Das ist meine Hoffnung. Das ist auch meine Leidenschaft. Allerdings habe ich nicht die Illusion, dass meine Vorschläge im Politikbetrieb immer willkommen sind oder gar umgesetzt werden. In der Politik sind Interessen und Kräfte im Spiel, die den besten Argumenten oft nicht zuträglich sind. Dabei sind manche Argumente, die ich vorbringe, wissenschaftlich betrachtet unabweisbar, und sie müssten daher im Grunde sofort zu einer Politikänderung führen. Das tun sie aber nicht. Auch wenn ich die andersartige Logik des politischen Geschehens in Berlin, Brüssel und anderswo verstehe, stört mich die Ignoranz vieler Politiker gegenüber rational fundierten ökonomischen Argumenten. Sie macht mich ungeduldig – denn genauso, wie ich mich selbst als Wissenschaftler in der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft sehe, so sehe ich Politiker in einer solchen Verantwortung.

Der Grund für die Beratungsresistenz der Politik liegt darin, dass die Politiker andere Beschränkungen und Ziele ihres Handelns berücksichtigen, als der Ökonom oder auch der Jurist bei seinen Politikempfehlungen legitimerweise berücksichtigen darf. Für einen Politiker ist der ökonomische oder juristische Sachzwang nur eine Beschränkung unter vielen. Er will, dass seine Partei wiedergewählt wird, er will die Opposition ausstechen, er will, dass bestimmte Themen gar nicht erst in der Öffentlichkeit problematisiert werden, er will nicht beim nächsten Gipfeltreffen der EU kämpfen müssen und Prügel einstecken und, und, und ... Das ist auch für einen Wissenschaftler nachvollziehbar, aber er darf solche Beschränkungen bei seinen Politikempfehlungen trotzdem nicht berücksichtigen, denn es geht schließlich um das Wohl der Bürger und nicht um das Wohl der Politiker oder der Parteien. Ökonomen und Juristen wie etwa der vielzitierte »Professor aus Heidelberg« werden von der Politik deshalb häufig als störend empfunden. »Jetzt kommen die also auch noch mit ihren Sachzwängen, als hätte man nicht genug Sorgen am Hals!«, wird sich manch ein Politiker denken, wenn sich wieder einmal ein Wissenschaftler mit unbequemen Wahrheiten zu Wort meldet.

Das ist der Grund dafür, dass viele Politiker solche Ökonomen und Juristen nicht mögen, die ihren selbst gesetzten Beschränkungen der Handlungsspielräume nicht das gleiche Gewicht zu geben bereit sind wie sie selbst. In der Krise zeigt sich das besonders deutlich. Der Politik genehm sind Wissenschaftler, die sich, entweder mangels eigener analytischer Kraft oder aus Karrieregründen, wohlfeil der normativen Kraft des Faktischen beugen und der Regierung helfen, die selbst gesetzten roten Linien zu verschieben, damit man sie nicht überschreiten muss. Nicht oder weniger willkommen ist dagegen der Rat jener Wissenschaftler, die unnachgiebiger sind – zum Beispiel in der Eurokrise, wenn sie nachweisen, dass die politischen Entscheidungen die Grundpfeiler des Maastrichter Vertrages zerstören oder dass eine auf kurzfristige Befriedung der Kapitalmärkte ausgerichtete Politik langfristig schädlich ist. Bedauerlich finde ich es, dass politische Entscheidungsträger häufig kritische Wissenschaftler nur auf der persönlichen, emotionalen Ebene wahrnehmen und sie als »streitbar« empfinden, ohne sich gedanklich mit ihrer Argumentationsführung auseinanderzusetzen. Indem der Rat solcher Wissenschaftler nicht angenommen oder zumindest nicht ernsthaft

diskutiert wird, machen Politiker Fehler, für die wir, die Bürger, langfristig zu bezahlen haben. Das gilt für die Politik zur Rettung des Euro – das gilt aber auch für andere wirtschaftspolitische Aufgaben.